

KURSWECHSEL FÜR EIN
GUTES LEBEN



Eine Information
der IG Metall-Betriebsräte
und -Vertrauensleute
für die Beschäftigten bei
Bosch Feuerbach

13.11.
?

dialog

Zahlen

Daten

Fakten

Ausgabe 05
November 2010



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

das Titelbild verrät es. Kernthema dieser Ausgabe ist der „13.11.“. Rieb sich mancher Kollege beim Anblick der Poster noch verwundert die Augen, was es damit wohl auf sich hat, so sind mittlerweile wohl die meisten durch ihre Vertrauensleute grob informiert.

Wir liefern auf den Seiten 3 bis 6 Hintergründe zu den Themen der für diesen Tag deutschlandweit geplanten Kundgebungen. Insbesondere die aktuellen gesetzlichen Vorhaben der Bundesregierung zur Gesundheit und Rente sowie „Hartz IV“ sind jeweils eigene Artikel gewidmet.

Ein Interview mit den beiden diesjährigen Gewinnern bei „Jugend forscht“ gibt uns einen Einblick in das kreative Potential unserer Auszubildenden hier in Feuerbach. Im Themenschwerpunkt „Jugend“ berichten unsere

„JAVis“ außerdem wieder von ihrem diesjährigen Wasenbesuch.

Wie offen darf man sich mit Kollegen über sein Einkommen unterhalten? Ein LAG-Urteil bringt hier nun mehr Klarheit. Lesen Sie mehr dazu auf Seite 6.

Ein halbes Jahr ist der neu gewählte Betriebsrat nun im Amt. Nachdem wir Ihnen in der vergangenen Ausgabe die KollegInnen aus dem BER-Büro vorgestellt haben, wollen wir Sie diesmal auch mit denen bekannt machen, die als nicht freigestellte Betriebsräte in ihren Fachabteilungen vor Ort präsent sind. Viele von ihnen betreuen außerdem direkt auch andere Abteilungen und Bereiche. Wer ist „Ihr“ Betriebsrat vor Ort? Lesen Sie nach ab Seite 7.

Ganz frisch im Amt ist die Schwerbehindertenvertretung. In dieser

Ausgabe berichten wir auf Seite 8 von der Wahl am 6. Oktober, und in einer der nächsten Ausgaben wollen wir Ihnen die neu gewählte Mannschaft auch persönlich näher bringen.

Wir hoffen, Ihnen wieder eine interessante Auswahl an Themen geboten zu haben. Wenn Sie Fragen oder Anregungen für uns haben, schreiben oder mailen Sie uns.

Ihr **dialog**-Team

Udo Lutz
Michael Teuber
dialog-Redaktion

Impressum

Herausgeber:

IG Metall Stuttgart
Theodor-Heuss-Str. 2, 70174 Stuttgart
E-Mail: jordana.vogiatzi@igmetall.de
www.stuttgart.igm.de

Verantwortlich:

Hans Baur, 1. Bevollmächtigter

Redaktion:

Udo Lutz, Michael Teuber, Gertrud Moll,
Roland Saur, Hartwig Geisel,
Frank Köppel, Rolf Vetter, Mustafa Kalay,
Jordana Vogiatzi (IGM)

Druck:

hartmann Druck, Wildberg

Bild S. 4 © BK - Fotolia

Aus dem Inhalt

| | |
|---|---------------|
| Die „Gesundheitsreform“ | Seite 4 |
| Rente mit 67? | Seite 5 und 6 |
| Betreuungsbereich nicht freigestellte BR's | Seite 7 |
| Frisch gewählte Schwerbehindertenvertretung | Seite 8 |
| „Jugend forscht“ – Interview | Seite 9 |
| Hartz IV | Seite 10 |
| Gerechtigkeit geht anders | Seite 11 |

Liebe Kolleginnen und
liebe Kollegen,

die Wirtschafts- und Finanzkrise ist vorerst überwunden. Der Preis, den wir in Feuerbach für den Erhalt der Arbeitsplätze bezahlen mussten, waren Kurzarbeit, Viertage-Woche und die unbezahlte Absenkung der Arbeitszeit. In der Krise hat Bosch am Standort Feuerbach etwa 800 Arbeitsplätze abgebaut, unter anderem durch Abfindungsmaßnahmen und Versetzungen an andere Standorte. In Feuerbach selber gab es über 1000 Versetzungen zwischen den Bereichen.

Die Hauptleidtragenden der jüngsten Krise sind die jungen Kolleginnen und Kollegen und die Auslerner. Befristungen und Teilzeitarbeitsplätze sind keine Perspektive für die jungen Leute.

In der Informationsverarbeitung in Feuerbach haben wir jetzt sogar wieder offene Stellen. Es wird eingestellt. Im Dieselmotorenbereich und bei ATMO ist der Personalabbau gestoppt.

Zusammenfassend kann man sagen: Die Krise hat uns in Feuerbach sehr hart getroffen. Jetzt hat Bosch die Krise hinter sich gelassen. Die Wirtschaftslage sieht gut aus. Bosch wird nach bisherigen Zahlen dieses Jahr um mindestens 20 Prozent gegenüber 2009 wachsen und ähnliche Zahlen wie 2007 erreichen.

Wir gehen von einer guten Ertragslage aus. Wenn das so kommt, fordern wir einen fairen Anteil an dieser schnellen Erholung.

Sorgen macht uns als Betriebsrat die Entwicklung der Politik in Deutschland.

Die soziale Schieflage wird immer größer. Einerseits steigt die Zahl der Millionäre und Milliardäre in Deutschland, andererseits steigt auch die Zahl der Armen. Es geht nicht um eine Neiddebatte, sondern es soziale Gerechtigkeit.

Unverantwortliche Politiker versu-

chen diese Situation für sich auszunutzen, in dem sie in die Debatte ausländerfeindliche Parolen einwerfen. Wir wollen einen offenen und ehrlichen Dialog zwischen den Kulturen. Hier am Standort haben wir immer gezeigt, dass wir nur gemeinsam Erfolg haben können und es keinen Unterschied machen darf, woher die Kolleginnen oder der Kollege kommt. Ausländerfeindlichkeit erteilen wir eine klare Absage.

Millionen Bonuszahlungen für Banker trotz Krise, Steuersubventionen für Hotelbesitzer und Stromkonzerne und gleichzeitig Streichungen bei den Armen in unserer Gesellschaft, das ist die erschreckende Wirklichkeit.

Wegen dieser sozialen Schieflage wird der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) am Samstag, 13. November in Stuttgart zu einer großen Demonstration aufrufen. Wir wollen Forderungen auf die Straße tragen, die für uns alle wichtig sind.

Gegen Leiharbeit: In Deutschland arbeiten Millionen von Menschen im Niedriglohnsektor. Nach der Krise gibt es Jobs nur befristet oder in Leiharbeit. Von vier bis acht Euro Stundenlohn kann man nicht in Würde leben.

Für ein menschenwürdiges Leben, auch in Hartz IV. Besonders hier hat die Regierung den Rotstift angesetzt und will damit eine Bevölkerungsgruppe schaffen, die entrechtet, zur Arbeit mit Niedrigstlöhnen gezwungen werden soll.

Gegen die Rente mit 67: Bei diesen Rentenplänen geht es um eine gigantische Rentenkürzung, massenweise Altersarmut ist zu befürchten, dagegen wollen wir uns zu Wehr setzen.

Ein weiterer Punkt ist die **Gesundheitsreform:** Im Kern geht es darum – der kleine Mann wird Schritt

für Schritt höher belastet, Leistungen werden gekürzt, Arbeitgeber und die Pharmaindustrie werden geschont.

Als vierter Punkt ist uns die **Zukunft der jungen Generation** wichtig. Junge Menschen brauchen eine Zukunft. Befristungen, Nichtübernahme, zu wenig Studienplätze, Niedriglöhne – wer soll da eine Familie gründen? Die jungen Menschen brauchen unsere Unterstützung und Solidarität. Zu all diesen Themen beziehen wir in diesem Dialog ausführlich Stellung.

Es geht um den Sozialstaat, um die soziale Absicherung. Als Beschäftigte können wir im Betrieb mit der Gewerkschaft unsere Arbeitsbedingungen verhandeln. Das reicht aber nicht aus, um den Sozialstaat zu erhalten. Wir verfügen nicht über die Lobby der Stromkonzerne und Hotelbesitzer. Aber wir sind Millionen, die das demokratische Recht auf Protest ausüben. Das müssen wir auch ausserhalb der Wahlen zeigen. Wir müssen den Regierungsmaßnahmen die Rote Karte zeigen.

Wir alle können stolz sein – auf unsere Arbeit, auf unsere Leistung, auf unsere Kollegialität und auf unsere Solidarität. Das alles gilt es zu erhalten.

Dazu gehen wir auch gemeinsam am 13. November 2010 auf die Straße. Kommen Sie mit, beteiligen Sie sich. Kämpfen wir gemeinsam für eine gerechte und solidarische Zukunft.

Betriebsratsvorsitzender

Stellvertretender
Betriebsratsvorsitzender

Die „Gesundheitsreform“ – Ende der solidarischen Gesundheitsversorgung

Udo Lutz Betriebsrat | Verwaltungsratsmitglied der Bosch-BKK

Es gab schon viele Gesundheitsreformen. Fast immer wurde es für die Versicherten teurer und die Versorgung schlechter. Einschränkungen und Streichung von Leistungen war meist der Schwerpunkt der sogenannten Reformen. Der Sonderbeitrag der Arbeitnehmer für Zahnersatz und Krankengeld in Höhe von neun Prozent wurde eingeführt. Reichte das Geld nicht, mussten die Kassen Zusatzbeiträge vom Versicherten erheben. Trotzdem ist diese Gesundheitsreform eine ganz besondere, denn keine hatte so gravierende Auswirkungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die schwarzgelbe Regierung macht konsequent Lobbypolitik in Form einer massiven Umverteilung zu unseren Lasten.

Am 1. Januar 2011 wird der Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung erhöht auf 8,2 Prozent für Arbeitnehmer und 7,3 Prozent für Arbeitgeber. Für die Arbeitgeber zum letzten Mal. Danach ist der Arbeitgeberbeitrag per Gesetz eingefroren und soll nicht mehr erhöht werden. Die zukünftigen Kostenerhöhungen werden von uns als Versi-

cherte alleine getragen. Reicht das Geld nicht mehr aus um die nötigen Ausgaben zu decken, muss die Krankenkasse einen Zusatzbeitrag bei ihren Versicherten einziehen. Der angedachte Sozialausgleich für Bezieher geringer Einkommen ist eigentlich keiner. Schon jetzt steht fest: Kolleginnen und Kollegen mit kleinem Geldbeutel trifft es hart.

3,5 Milliarden Euro sollen eingespart werden. Eine sehr geringe Summe wenn man an die Erhöhungen im Jahr 2009 für Ärzte von 6,6 Prozent, für Krankenhäuser von 6,6 Prozent oder für Arzneimittel von 5,2 Prozent denkt. Selbstverständlich darf der Arzt gut verdienen, aber rückblickend auf die Krise und die sehr guten Ärzteeinkommen darf solches auch kritisch hinterfragt werden. Bei unseren Kolleginnen und Kollegen im Gesundheitswesen scheinen diese Gehaltserhöhungen nicht angekommen zu sein.

Die Einsparvorschläge aus dem konservativen Lager lassen Schlimmes vermuten: Bei Kuren (einschließlich Mutter- Väter- und Kind-Kuren),

Haushaltshilfe, Krankengeld bei Erkrankung des Kindes u.s.w. sehen sie ein Einsparvolumen.

Die Versicherten bei der Bosch-BKK haben das Glück, keine Zusatzbeiträge bezahlen zu müssen. Eine gute Politik der Kasse für ihre Mitglieder in Form von hausarztzentrierter Betreuung, Begleitung und Unterstützung bei schweren Erkrankungen und qualifizierter Beratung vor Ort sind die richtigen Ansätze für eine gute und auch wirtschaftliche Versorgung. Dennoch wird sich keine Kasse dem Trend zum Zusatzbeitrag über viele Jahre entziehen zu können. Die Unterfinanzierung wird eintreten. Der Weg zu den einseitig von den Versicherten finanzierten Zusatzbeiträgen ist vorgezeichnet.

Eventuell denken sich manche Kolleginnen und Kollegen: Zum Glück bin ich privat versichert. Dies ist ein Trugschluss. Nicht nur, dass es dort keine kostenfreie Familienmitversicherung gibt, auch eine „Private“ wird ihre Beiträge deutlich erhöhen müssen, wenn es nicht im Rahmen der gesetzlichen Versicherung Einsparungen bei den Ärzten und Arzneimittel gibt.

Rudolf Dreßler, ehemaliger Sozialpolitiker, sagte vor Jahren in Stuttgart auf einer Veranstaltung: „Eine gesetzliche Krankenversicherung verliert man nur ein Mal“. Wir sind gerade dabei, sie zu verlieren.

Erheben wir unsere Stimme für den Erhalt einer qualifizierten Gesundheitsvorsorge. Die Bürgerversicherung ist die richtige Forderung. Lebensrisiken können am besten gemeinsam getragen werden. Privatisierung ist das Ende von Solidarität und für den Betroffenen sehr teuer.



Rente mit 67?

Udo Lutz Betriebsrat | Sprecher der AG8 betriebliche Altersversorgung

Es klingt so simpel: Die Lebenserwartung steigt - deshalb arbeiten wir länger. Ist das so einfach? Mit diesem Artikel wollen wir die Auswirkungen für uns am Standort Feuerbach und Rutesheim beleuchten.

Es gab immer einen breiten Konsens alles zu tun, um bis zur Vollendung des 65. Lebensjahrs arbeiten zu können. Für uns als Gewerkschafter und Betroffene war es selbstverständlich, dass dann auch einiges im Bereich der Humanisierung der Arbeitswelt getan werden muss, um dieses Ziel für alle sicherzustellen. Im Rahmen dieses Konsenses wurden Sonderzugänge ab 60 zur Altersrente für Frauen, bei der Altersteilzeit, bei Arbeitslosigkeit und bei Schwerbehinderung abgeschafft, beziehungsweise stufenweise auf die Vollendung des 63. Lebensjahrs angehoben. Rund 100 Kolleginnen und Kollegen mussten nun drei Jahre länger arbeiten

als sie wollten. Dies bedeutete für uns in Feuerbach und Rutesheim eine zusätzliche Schwierigkeit, die Übernahme von Auslernern in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis durchzusetzen, weil die Arbeitsplätze von den älteren Kolleginnen und Kollegen länger benötigt wurden.

Das tatsächliche Eintrittsalter für die Altersrente stieg. Es liegt im Durchschnitt bei 63,4 Jahren für Männer und 63,2 Prozent für Frauen. Die meisten, die in Altersrente kommen, gehen nicht direkt vom Arbeitsplatz in die Rente, sondern kommen aus der Arbeitslosigkeit (29,8 Prozent), Altersteilzeit (16 Prozent) und Vorruhestand (zur Arbeitslosigkeit gerechnet). Die Beschäftigtenquote in der Altersgruppe ab 60 Jahren liegt bei rund 21 Prozent. Und hier gibt es eine große soziale Spreizung. Kolleginnen und Kollegen im Schichtbetrieb sind selten in der Lage bis 65 zu arbeiten. Die Humanisierung

der Arbeitswelt – dringend nötig für ein längeres Arbeitsleben – unterblieb bis auf ein paar Pilotprojekte in der Industrie. Auch in den klassischen Angestelltentätigkeiten ist von Humanisierung und Abbau von psychischer und physischer Belastung nichts zu spüren. Die Betroffenen gehen, wenn sie dem Druck nicht standhalten, mit großen Abschlägen in Rente. Genau hier setzt unsere Kritik an der Erhöhung des Renteneintrittsalters an. Die stufenweise Erhöhung des Renteneintrittsalters führt lediglich zu einer weiteren gravierende Rentenkürzung.

Nachdem die Bundesregierung erklärt hat, die Revisionsklausel (*1) nicht anzuwenden und das Renteneintrittsalter ab 2012 um einen Monat und dann jedes Jahr fortlaufend bis 67 anzuheben, ist klar, dass es Schwarz-Gelb nur um eine Rentenkürzung geht.

Wir wirkt sich dies für uns aus?

Unsere Kolleginnen und Kollegen aus dem Fertigungsbereich erhalten im Schnitt mit 65 und nach 45 Beitragsjahren eine gesetzliche Altersrente zwischen 1.100 und 1.500 Euro Brutto. Davon gehen etwa neun Prozent (Versichertenanteil) für Kranken- und Pflegeversicherung weg. Hinzu kommt eine Boshrente von ca. 110 bis 220 Euro. Diese Betriebsrente ist voll steuer- und sozialversicherungspflichtig. Grob gerechnet kommt man auf eine Altersleistung von 1.000 bis 1.450 Euro.

Kann der Betroffene nicht bis 65 arbeiten und geht mit 63 in Rente, wird seine Rente um 7,2 Prozent (Renteneintritt 2010) gekürzt. Durch die Rente mit 67 würde die Kürzung im Jahr 2031 14,4 Prozent betragen. Ferner wirkt sich die

Anhebung der Altersgrenze für die abschlagsfreie Inanspruchnahme der Altersrente

| Versicherte Geburtsmonat/ Geburtsjahr | Anhebung der Altersgrenze um _ Monate | Künftigenormaler Rentenbeginn Jahr + Monat | Abschlag bei Rentenbeginn mit 63 in Prozent * | Abschlag bei Rentenbeginn mit 65 in Prozent (unter 45 Versicherungsjahre) |
|---------------------------------------|---------------------------------------|--|---|---|
| Januar 1949 | 1 | 65 + 1 | 7,5 | 0,3 |
| Februar 1949 | 2 | 65 + 2 | 7,8 | 0,6 |
| März bis Dezember 1949 | 3 | 65 + 3 | 8,1 | 0,9 |
| 1950 | 4 | 65 + 4 | 8,4 | 1,2 |
| 1951 | 5 | 65 + 5 | 8,7 | 1,5 |
| 1952 | 6 | 65 + 6 | 9,0 | 1,8 |
| 1953 | 7 | 65 + 7 | 9,3 | 2,1 |
| 1954 | 8 | 65 + 8 | 9,6 | 2,4 |
| 1955 | 9 | 65 + 9 | 9,9 | 2,7 |
| 1956 | 10 | 65 + 10 | 10,2 | 3,0 |
| 1957 | 11 | 65 + 11 | 10,5 | 3,3 |
| 1958 | 12 | 66 | 10,8 | 3,6 |
| 1959 | 14 | 66 + 2 | 11,4 | 4,2 |
| 1960 | 16 | 66 + 4 | 12,0 | 4,8 |
| 1961 | 18 | 66 + 6 | 12,6 | 5,4 |
| 1962 | 20 | 66 + 8 | 13,2 | 6,0 |
| 1963 | 22 | 66 + 10 | 13,8 | 6,6 |
| ab 1964 | 24 | 67 | 14,4 | 7,2 |

*heute erst nach 35 Versicherungsjahren möglich

Fortsetzung auf Seite 6

steigende Versteuerung der gesetzlichen Rente zusätzlich rentenmindernd aus. Betrug der zu versteuernde Rentenanteil in Jahr 2005 50 Prozent, steigt er jedes Jahr bis 2020 um zwei Prozent und dann in ein Prozent Schritten bis er im Jahr 2040 die 100 Prozent steuerpflichtige gesetzliche Rente erreicht hat. Dann muss die gesamte Altersrente versteuert werden.

Wer mit einer solchen geringen Rentenhöhe in der Region Stuttgart über die Runden kommen will, muss Weltmeister im Sparen sein. Von einer annähernden Lebensstandard sichernden Altersversorgung keine Spur. Viele werden im Alter aufs Amt müssen, um unterstützende Grundversicherung zu beantragen trotz langer Arbeitszeiten eigene Vorsorge in der bAV ist wichtig, aber sie kann keine größeren Kürzungen der gesetzlichen Rente ausgleichen. Leider können viele sich gar keine private Vorsorge leisten, weil das Geld fehlt.

Nehmen Sie sich die Zeit und rechnen bei Ihrer persönlichen Renteninformation von der Deutschen Rentenversicherung die Kürzungen herunter. Überprüfen Sie, ob Sie mit diesem Betrag im Alter würdevoll über die Runden kommen können. Sehr gut ist auch der Vorsorgerechner auf der Homepage des Bosch-Vorsorge-Plans. Hier sieht man deutlich, wie viel Geld man aufwenden muss, um die Rentenkürzungen ausgleichen zu können.

Natürlich ist die Frage erlaubt, wie wir uns eine gerechte, auskömmliche und sichere Altersversorgung vorstellen. Wir wollen weiterhin eine paritätisch finanzierte Rente im Umlageverfahren. Die Festschreibung des paritätisch finanzierten Rentenbeitrags auf 20 Prozent bis 2020 und dann 22 Prozent ist der falsche Weg. Der Einzelne wäre gezwungen wesentlich mehr private Vorsorge zu treffen. Dies ist bedeutend teurer. Außerdem können es viele

aus Geldgründen gar nicht. Bei ihnen ist der Weg in die Altersarmut vorgezeichnet.

Neben dem Abbau der Arbeitslosigkeit, der Schaffung von sozialversicherungspflichtigen und gerecht entlohnten Arbeitsverhältnissen statt Minijobs und der Verbesserung der Erwerbsquote der 18- bis 65-Jährigen ist es wichtig, die Rentenversicherung in eine Erwerbstätigenversicherung umzubauen, in die alle einzahlen.

Dieser Weg einer Weiterentwicklung der Rentenversicherung ist schwierig. Dazu bedarf es einer großen gemeinsamen Anstrengung in Form von Diskussion und Argumentation. Die gesetzliche Rentenversicherung muss wieder die tragende Säule der Altersversorgung werden.

***1 Die Revisionsklausel wurde** 2005 ins Gesetz geschrieben und sieht eine Überprüfung der Erhöhung vor. Sollte die Beschäftigtenquote der über 60-Jährigen nicht deutlich gestiegen sein sollte es zu keiner Erhöhung des Renteneintrittsalters kommen.

Alle genannten Werte haben den Stand 2009 für die Deutsche Rentenversicherung in Baden-Württemberg.

| Rentenzugangsstatisik 2009 der Deutschen Rentenversicherung (DRV) in Baden-Württemberg Rentenhöhe (Durchschnitt) | |
|---|------------|
| Altersrente | |
| Männer | 806 Euro |
| Frauen | 396 Euro |
| Erwerbsminderungsrente | |
| Männer | 635 Euro |
| Frauen | 527 Euro |
| Rentenzugangsalter | |
| Altersrente | |
| Männer | 63,4 Jahre |
| Frauen | 63,2 Jahre |
| Erwerbsminderungsrente | |
| Männer | 50,7 Jahre |
| Frauen | 49,3 Jahre |
| Rentenbezugsdauer | |
| Männer | 15,7 Jahre |
| Frauen | 21,0 Jahre |

Redefreiheit – gilt nun auch für das Thema Gehalt

Kerstin Jäckel | Betriebsrätin

Das Thema Gehalt war bisher in vielen Firmen tabu, da eine entsprechende Klausel, die zum Stillschweigen verpflichtet, vorsorglich in den Arbeitsverträgen enthalten war und ist. Auf Zuwiderhandlung stand die Gefahr einer Abmahnung. Natürlich gab es hin und wieder unter Kollegen, die sich gut verstehen und vertrauen, den heimlichen Austausch über Gehälter.



Solche Gesten in der Kaffeeküche oder das plötzliche Verstummen von Kollegen, beim Näherkommen, können nun der Vergangenheit angehören:

Das Landesarbeitsgericht Mecklenburg-Vorpommern in Rostock hat entschieden, dass sich Arbeitnehmer, ungeachtet anderslautender Klauseln in ihrem Arbeitsvertrag, **offen über ihr Gehalt austauschen dürfen.**

Hintergrund dieser Gerichtsentscheidung ist die Feststellung, dass Arbeitnehmer keine andere Möglichkeit der Prüfung haben, ob ihre Gehaltseinstufung dem Gleichbehandlungsgrundsatz Rechnung trägt. Gerade in ERA-Zeiten ist diese Gerichtsentscheidung von großer Bedeutung.

Die durch die ERA-Einführung angestrebte Transparenz der Eingruppierungen über standardisierte Arbeitsplatzbeschreibungen kann erst mit einer legalen Vergleichsmöglichkeit zwischen den Arbeitnehmern mit vergleichbaren Tätigkeiten wirksam umgesetzt werden. Für Rückfragen steht der Betriebsrat jederzeit zur Verfügung.

Betreuungsbereiche und Arbeitsgruppen der nichtfreigestellten Betriebsräte

**Volker Beuche**

DS/ECP1
Telefon – 4 69 15
Mitglied der AG 7
Arbeitssicherheit
Mitglied der AG 8
Altersvorsorge/Altersteilzeit

**Karsten vom Bruch**

DS/EAS1
Telefon – 4 61 03
Betreuung (Stellvertreter
Andreas Hiebel):
DS/NE, DS/ENF

**Ayten Erdogan**

FeP/W011 710
Mitglied der AG 7
Arbeitssicherheit

**Annekathrin Essig**

DGS-EC/ESB3
Telefon – 4 67 11
Mitglied der AG 1
Entgelt- und Tariffragen

**Uwe Flammer**

PA-ATMO1/PJ-ECP
Telefon – 3 34 31
Mitglied der AG 3
Neue Technologien

**Athanasios Hailas**

DGS-EC/ECD3
Telefon – 3 28 11
Mitglied der AG 8
Altersvorsorge/Altersteilzeit

**Kerstin Jäckel**

DS/EPD1
Telefon – 2 18 59
Mitglied der AG 2
Humanisierung der Arbeit
Mitglied der AG 3
Neue Technologien

**Lucia Kathmann**

DS-PC/EHP3
Telefon – 3 19 86
Mitglied der AG 2
Humanisierung der Arbeit
Mitglied der AG 8
Altersvorsorge/Altersteilzeit

**Aylin Karagedik**

BER-Fe
Telefon – 4 46 49

**Peter Lehmann**

FeP/W011 820
Telefon – 2 13 57
Mitglied der AG 3
Neue Technologien

**Katja Liebenow**

PA-ATMO1/SGS12
Telefon – 3 35 23
Mitglied der AG 4
Aus- und Weiterbildung

**Wolfgang Killinger**

CI/BCP1
Telefon – 4 58 47
Mitglied der AG 3
Neue Technologien
Mitglied der AG 4
Aus- und Weiterbildung

**Natalie Mollo**

HRL47-Fe
Telefon – 2 22 08
Mitglied der AG 4
Aus- und Weiterbildung

**Gertrud Müller**

San-Fe
Mitglied der AG 6
Soziale Angelegenheiten
Mitglied der AG 7
Arbeitssicherheit

**Ralf Maier**

DS-PC/EIS1
Telefon – 3 17 71
Mitglied der AG 2
Humanisierung der Arbeit
Mitglied der AG 3
Neue Technologien

**Uwe Schmidt-Harms**

DGS-EC/ECC6
Telefon – 5 34 18
Mitglied der AG 3
Neue Technologien

**Nicole Voss**

DS-PC/ETF-W3
Telefon – 4 68 24
Mitglied der AG 2
Humanisierung der Arbeit
Mitglied der AG 7
Arbeitssicherheit

**Oliver Wamser**

DS/EVL1
Telefon – 2 24 17

Frisch gewählt: Die Schwerbehindertenvertretung

Michael Teuber | Mitglied des Wahlvorstandes zur SBV-Wahl 2010

6. Oktober, 14:30 Uhr. Rien ne va plus. Die SBV-Wahl ist vorbei, nun geht's an die Auszählung. Zwei Stunden später steht das Auszählungsergebnis fest: 289 Wähler haben ihre Stimmen bei dieser als Briefwahl durchgeführten Wahl abgegeben, das entspricht einer Wahlbeteiligung von über 53 Prozent. 250 Stimmen waren gültig.

Werden die Gewählten ihre Wahl annehmen? Wenige Tage später herrscht Klarheit: Alle haben ihr neues Amt angenommen.

Der Wahlvorstand hatte auf Empfehlung der vorherigen SBV beschlossen, dass sechs stellvertretende Schwerbehindertenvertrauensleute zu wählen sind. Es gab elf Kandidaten, so dass es eine interessante Wahl zu werden versprach. Kein Wunder, dass einige der Kandidaten die



Einige Kandidaten verfolgen gespannt die Auszählung, v.l.: Herbert Seiler, Helmut Soenke, Armin Scheuer, Anton Klemencic, Bayar Tuerkmen, Salvatore Gaziano

Man riskiert bei Kandidatur für beide Ämter, dass man als Stellvertreter nicht mehr genug Stimmen erhält. Deshalb kann es klüger sein, sich auf die Wahl zum Stellvertreter zu konzentrieren.

Nun steht das Ergebnis jedenfalls fest, und die Neugewählten haben ihr Amt inzwischen angetreten. Wir gratulieren den Gewählten und wünschen der neuen SBV-Fe viel Erfolg und gutes Gelingen für ihre vielfältige und interessante Aufgabe.

Und so ist die neue SBV zusammengesetzt.

Vertrauensperson:
Herbert Seiler

Stellvertreter
(Rangfolge nach Stimmen):

1. **Helmut Soenke**
2. **Anton Klemencic**
3. **Angela Landberg**
4. **Armin Scheuer**
5. **Uwe Schiller**
6. **Salvatore Gaziano**



Der Wahlvorstand bei der Auszählung, ganz hinten der Vorsitzende Bernd Schulze

Auszählung live mitverfolgt. Nicht so spannend war die Wahl der Vertrauensperson selbst. Herbert Seiler, der dieses Amt schon bisher inne hatte, war der einzige Kandidat. Er erhielt mit 245 der 250 abgegebenen gültigen Stimmen eine starke Bestätigung.

Warum hatte sonst niemand direkt für dieses Amt kandidiert? Dies wird klarer, wenn man sich mit den Besonderheiten des SBV-Wahlrechts auseinandersetzt:

Besonderheiten des SBV-Wahlrechts

- Wahlberechtigt sind Schwerbehinderte und Gleichgestellte. Kandidieren kann auch, wer diesem Personenkreis nicht angehört.
- Es gibt zwei separate Stimmzettel: einen für das Amt der Vertrauensperson, einen für den/die Stellvertreter. Man kann für beide Ämter gleichzeitig kandidieren.
- Unabhängig von der Betriebsgröße ist eine Vertrauensperson zu wählen. Die Zahl der zu wählenden Stellvertreter liegt hingegen im Ermessen des Wahlvorstandes.
- Nachrücker ist die erste stellvertretende Vertrauensperson, nicht der Kandidat, der als Vertrauensperson die zweitmeisten Stimmen erhielt. Pech gehabt: Hieraus ergibt sich überhaupt kein Amt.

Wasenausflug 2010

Adrienne Pallat | Jugend- und Auszubildendenvertretung

Am 7. Oktober war die Jugend- und Auszubildendenvertretung auf dem Cannstatter Wasen in Stuttgart, um gemeinsam mit den Auszubildenden, DHBW- Studenten und Organisationsassistentinnen zu feiern. Recht erfreulich war, dass dieses Jahr über 100 Auszubildende mit da-

bei waren. Auch Auszubildende vom Standort Schwieberdingen haben sich uns angeschlossen und kräftig mitgefeiert. Wir hatten viel Spaß, waren in voller Feierlaune und machten das Grandl's Festzelt unsicher. Wir bedanken uns bei allen, die mit uns das Festzelt gerockt haben. Beson-

ders haben wir uns gefreut, dass auch viele aus dem Einstelljahrjahrgang 2010 mit dabei waren.

Nette Bilder vom diesjährigen JAV- Wasenausflug könnt Ihr auf unserer JAV- Fe Intranetseite (BGN) finden.



Jugend forscht - Interview mit den Bundessiegern

Die beiden BOSCH-Azubis Tobias Kühfuß und Christopher Dörner haben sich dieses Jahr beim Bundeswettbewerb von Jugend Forscht den wohlverdienten Sieg geholt. Mit ihrer Vorrichtung zum schnelleren Bestimmen von Außengewinden haben sich die Nachwuchsforscher nicht nur den Sieg beim Landeswettbewerb und somit den Einzug zum Bundeswettbewerb gesichert, NEIN auch beim Bundeswettbewerb, konnten die beiden mit Ihrer Idee glänzen und somit das goldene Edelmetall ergattern. Die beiden Mitglieder der JAV-Fe Philipp Krüger und Samin Gusinac haben die beiden glücklichen Sieger zu einem kurzen Interview eingeladen, um zu erfahren wie sich die beiden fühlen, was Sie auf die Idee gebracht hat diese Vorrichtung zu entwickeln und noch einiges mehr.

Wie habt Ihr von dem Wettbewerb mitbekommen?

Durch die Teilnahme der letztjährigen JuFo's.

Habt Ihr Euch im Vorfeld darüber informiert?

Nein, erst nachdem die Idee für das OGES da war.

Wie seid Ihr auf eure Idee gekommen?

Bei Wartungsarbeiten an einer Zange fehlte eine Mutter. Für diese sollte ein Gewinde bestimmt werden. Dies war sehr zeitaufwändig und so kamen wir letztendlich zu unserer Idee.

Wie war die Arbeitsvorbereitung?

Als erstes haben wir ein Brainstorming gemacht um unsere Ideen zu



Philipp Krüger mit den glücklichen Bundessiegern

sammeln. Danach haben wir ein „Le-go-Modell“ gebaut, einen Inventor gezeichnet und zum Schluss das Modell gefertigt und programmiert.

Wo habt Ihr euch das nötige Know-how geholt?

Durch die Inhalte der Ausbildung und durch Besuche von Messen und Firmen.

Was war es für ein Gefühl das Endprodukt zu sehen?

Durch den Zeitdruck der uns ständig begleitet hat, waren wir letztendlich sehr glücklich und erleichtert.

Wie verlief die Vorbereitung für den Wettbewerb?

Wir mussten die Vorführungen mit dem Gerät üben, ausarbeiten und eine Präsentation erstellen.

Wie ist es euch ergangen als Ihr den Bundessieg geholt habt?

Sehr gut, da wir ein bisschen überrascht waren, da der Top-Favorit noch mit im Rennen war.

Wie und wo habt ihr Euren Bundessieg gefeiert?

Wir waren direkt danach beim Italiener

Essen. In naher Zukunft ist dann eine weitere Feier geplant.

Hat sich euer Alltag dadurch verändert?

Wir hatten sehr viele Pressetermine. Aber mittlerweile legt sich das Ganze wieder.

Was für eine Auswirkung hat dies für euren beruflichen Werdegang?

Allgemein ziemlich gut, wie etwa bei Bewerbungen bei anderen Firmen und für ein Studium. Eine unbefristete Übernahme ist uns nun dadurch bei Bosch gesichert.

Wie seht ihr die Serienreife des OGES?

Vermarktung durch Bosch eventuell oder durch andere interessierte Firmen. Wir haben noch keine 100 prozentige Serienreife, aber wir sind auf einem guten Weg dahin.

Gibt es weitere Projekte?

Es wird momentan über eine Weiterentwicklung bzw. Zusatzfunktion nachgedacht.

Was würdet Ihr den nächsten Teilnehmern auf den Weg geben?

Eine detaillierte Zeitplanung ist sehr wichtig, damit das Projekt erfolgreich und rechtzeitig fertig gestellt ist. Eine gute Dokumentation ist das A und O.

Wie lang habt Ihr für das ganze Projekt gebraucht?

Von Oktober 2009 bis zum Mai 2010.

Vielen Dank für das Gespräch.

Hartz IV:

Für eine ausreichende Grundsicherung! Armut verhindern

Die **Wirtschaftsmeldungen** verbreiten wieder Hochstimmung, die Politik zeigt sich beglückt über die Entwicklung von Erwerbstätigen und Erwerbslosenzahlen. Die einen legen zu, die anderen werden weniger. Alles in Butter?

Genauerer Zahlencheck: 4,8 Mio erwerbsfähige Menschen leben von der Grundsicherung (Hartz IV), jeder zehnte erwachsene Erwerbsfähige lebt mit einem Existenzminimum, das der wirtschaftlichen Stellung unseres Landes Hohn spricht.

Grundsicherung

345 Euro waren es 2005 für einen alleinstehenden Menschen für Essen, Kleidung Freizeit Hygiene usw. Dazu die Kosten für Unterkunft und Heizung, für Krankenkasse und ein Minirentenbetrag. Heute sind es 359 Euro, 14 Euro mehr durch die Erhöhung der Rentenbeiträge.

Seit der Festlegung dieses soziokulturellen Existenzminimums gibt es Proteste der Betroffenen dagegen oder Resignation und Verzweiflung.

Im Folgenden zwei Zitate aus der wissenschaftliche Untersuchung von 2008 „Hartz IV in BW“, die Erfahrung der Betroffenen mit der Umsetzung und den Auswirkungen des SGB II.“ (von Anne Alex, im Auftrag der Böckler-Stiftung in Zusammenarbeit mit DGB BW, Kirchliche Dienste in der Arbeitswelt Baden und Württemberg und DW Württemberg)

Beispiel 1: *„Ich leide sehr unter der Isolation. Habe seit März 2007 keinen Telefonanschluss mehr. Einige notwendige Reparaturen im Haushalt können aus finanziellen Gründen nicht durchgeführt werden. Das Bett meines Sohnes ist kaputt. Die Katze ist seit drei Jahren nicht geimpft.“*

Beispiel 2: *„Hartz IV reicht gerade, um nicht auf der Straße zu stehen und man nicht hungern muss. Jegliches*

Schöne, was ein bisschen Lebensfreude bringt, kann man sich nicht erlauben.“

Erwerbslosengruppen fordern 500 Euro Grundsicherung. Der Paritätische Wohlfahrtsverband, der die Berechnungen aus dem Energieversorgungsunternehmen (EVS) stets sehr genau verfolgte, kam zu anderen Berechnungen (420 Euro).

Endlich im Februar 2010 entschied das BVG gegen die bisherige Regelsatzermittlung. Transparent und nachvollziehbar sollte sie sein. Bis Ende dieses Jahres sollte die Politik eine neue Berechnung vorlegen.

Nach der harschen Kritik und Entscheidung des BVG hat nun das Arbeitsministerium das Statistische Bundesamt neu rechnen lassen. Einige Beispiele:

Alkohol, Tabak, Schnittblumen und chem. Reinigung fielen raus, weil nicht berücksichtigungsfähig. Neu aufgenommen wurde der Posten Internet/ Onlinedienste, pro Monat für 2,28 Euro. Benzin fiel raus, obwohl ein Alg 2-Bezieher vermögensmäßig ein Auto besitzen kann, erst ab einem Wert von 7500 wird das Vermögen berücksichtigt. Die Begründung der Bundesregierung: „Die berücksichtigten Haushalte nutzen keinen PKW und kein Motorrad und können folglich ihren Mobilitätsbedarf durch Fahrrad, öffentlichen Personennah- und -fernverkehr sowie zu Fuß decken.“

Mit diesen Berechnungen präsentierte Frau von der Leyen eine Erhöhung um fünf Euro, ab 1. Januar 2011 364 Euro für eine alleinstehende Person. Man kann auch sagen, es wurde so lange gerechnet, bis der Regelsatz fast auf dem aktuellen Stand war.

Zwang zur Arbeit mit Niedriglöhnen

Das wichtigste Instrument, um Leute in niedrig bezahlte Arbeit zu zwingen ist der Sanktionsparagraf 31 im SGB II.



Diese Stundenlöhne erhalten ehemalige Arbeitslosengeld-II-Empfänger, wenn sie eine neue Stelle antreten.
Quelle: IAB, 2009

Beispiel was Zwang zur Arbeit bewirkt.

Die Sanktionsmöglichkeiten im §31 SGB II sind so drastisch, dass sich keiner leisten kann, eine unzumutbare Arbeit abzulehnen. Bei der ersten Ablehnung werden 30 Prozent der Regelleistung gekürzt, das sind bei 359 Euro 107 Euro weniger zum Leben, und bei der zweiten Ablehnung bereits 60 Prozent, dann verbleiben nur noch 144 Euro pro Monat zum Leben drei Monate lang. Bei der dritten „Pflichtverletzung“ gibt es gar nichts mehr.

Unsere Forderungen:

- Mit allen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten der betrieblichen Mitbestimmung verhindern, dass Arbeitsplätze mit Leiharbeitern besetzt werden
- Gemeinsam für einen Mindestlohn kämpfen. Damit werden Erwerbslose vor demütigender Stellensuche und vor Arbeit um jeden Preis bewahrt
- Für eine Stärkung der Sozialgesetze, im Fall der Erwerbslosigkeit für eine Verlängerung der Anspruchsdauer beim Arbeitslosengeld 1. Bei entsprechend langjähriger Versicherungszeit muss eine lange Inanspruchnahme möglich sein, altersunabhängig.
- Unterstützung für eine ausreichende Grundsicherung und gegen den Sanktionsparagrafen im SGB II
- Ohne dass die Grundsicherung auf eine andere gesetzliche Grundlage gestellt wird, gibt es keinen Weg aus der Armut

Gerechtigkeit geht anders!

„Gerechtigkeit geht anders“ - unter diesem Motto stehen die Aktionen gegen den weiteren Sozialabbau der schwarz-gelben Bundesregierung bei uns am Standort.

Am 27. Oktober 2010 fand am Tor 1 die große Verteilaktion statt. Ferner wurde auch vor den Kantinen zu den aktuellen Themen und deren Auswirkungen informiert. Neben vielen Kolleginnen und Kollegen, den Vertrauensleuten, Betriebsräten und der Schwerbehinderten-

vertretung beteiligte sich auch die Jugend- und Auszubildendenvertretung wieder sehr eindrucksvoll bei der Aktion.

Auf dieser Seite zeigen wir eine kleine Auswahl von Bildern und bedanken uns ganz herzlich für die große Unterstützung. Wir hoffen auf Ihre Teilnahme am 13. November 2010 bei der großen Kundgebung auf dem Stuttgarter Schlossplatz. Die Bosch'ler treffen sich gegen 11:30 Uhr am Eingang der Gast-

stätte „Alte Kanzlei“ auf der Seite Planie. Kommen Sie, bringen Sie Ihre Familie mit. Von der IGM gibt es kostenlose Fahrkarten der VVS zur Kundgebung. Melden Sie sich einfach im Betriebsratsbüro und lassen Sie ihren Namen in die Liste eintragen, somit erhalten auch Sie eine Fahrkarte nach Stuttgart. Sobald die Veranstaltung gegen 14 Uhr endet, können Sie den Nachmittag z.B. für einen gemütlichen Einkaufsbummel in Stuttgart nutzen.



Termine

Betriebsversammlung im November und Dezember 2010

Nach dem Betriebsverfassungsgesetz hat jeder Arbeitnehmer ein Recht auf Teilnahme an der Betriebsversammlung. Bei den Betriebsversammlungen am Vormittag werden die Pausen vor die Versammlung gelegt.

Schwerpunkte der Versammlungen sind: Aktuelle wirtschaftliche und soziale Lage, Beschäftigungssituation, Bereichsthemen und anderes.

Dienstag, 16. November 2010,
8:00 Uhr, FeP,
Fe 412/1 Speisesaal

Dienstag, 16. November 2010,
14:15 Uhr, 22:00 Uhr,
Ausbildung und alle Anwesenden
der 2. bzw. 3. Schicht in Fe,
Fe 412/1 Speisesaal

Mittwoch, 17. November 2010,
9:00 Uhr, AA, C, GS, Abteilungen
aus Waiblingen
Bitte beachten: Zu dieser Betriebsversammlung sind alle C-Abteilungen eingeladen!
Fe 412/1 Speisesaal

Mittwoch, 17. November 2010,
14:00 Uhr, FeP-Ru,
Speisesaal Rutesheim

Freitag, 19. November 2010,
9:00 Uhr, CIFE 070/0 Auditorium

Montag, 29. November 2010,
8:30 Uhr, PA-ATMO1,
Fe 412/1 Speisesaal

Mittwoch, 1. Dezember 2010,
8:30 Uhr, DS, FCM
Fe 412/1 Speisesaal

Terminänderung bitte beachten!

Donnerstag, 2. Dezember 2010,
8:30 Uhr, DGS, HSE-Fe
Fe 412/1 Speisesaal

13.11.
Schlossplatz
Stuttgart

**Kurswechsel für ein
gutes Leben**

Zeitplan für den 13. November:

10.30 Uhr Auftaktkundgebung in der Lautenschlagerstraße

11.15 Uhr Kurzdemo zum Schlossplatz

Treffpunkt der Boschler am Eingang zur Gaststätte „Alte Kanzlei“ (Seite Planie) um 11:30 Uhr

12 Uhr Kundgebungsbeginn auf dem Schlossplatz

Redner:

Berthold Huber, IG Metall Vorsitzender,
Nikolaus Landgraf, DGB Landesvorsitzender
sowie VertreterInnen von Kirchen, Elternver-
tretungen und Jugend.

14 Uhr Ende

